

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Im Zuschussbereich ist eine pauschale Kürzung der Ansätze um die vorgegebenen 10 % nicht durchgängig möglich, da beispielhaft bei den Zuschüssen im Bereich der durchlaufenden Mittel (Bundesstiftung Mutter und Kind, Ernst-Wendt-Stiftung, kommunalisierte Zuschüsse für die Bereiche Aids und Sucht) Erträge in gleicher Höhe zweckgebunden gegenüberstehen. Um dennoch den sich aus der pauschalen Mittelabsetzung ergebenden Teilkonsolidierungsbeitrag (98.694,30 €) darstellen zu können, wurden die für die Zuschüsse abgebildeten Konsolidierungsbeiträge proportional dem Verhältnis Einzelzuschuss/ Gesamtzuschusssumme den anderen Zuschüssen hinzugerechnet.

Ähnliches gilt für die Ansätze der Sachaufwendungen. Bei einigen Konten können keine Kürzungen auf Grund vertraglicher Verpflichtungen erfolgen. Auch bestehen Mehrbedarfe, die bislang innerhalb der Deckungsringe ausgeglichen wurden. Diese dort veranschlagten Konsolidierungsbeträge müssten von den „disponiblen“ Konten mitgetragen werden.

Bei allen Aufwendungen ist ein hohes Risiko gegeben, dass Ansatzüberschreitungen nicht aus dem Gesundheitsetat gedeckt werden können.

Im Folgenden werden die Einzelzuschussempfänger, die Zuschussdarstellung 2008-2010 sowie die konsolidierungsbedingten Auswirkungen näher beschrieben.

Zuschüsse im Zusammenhang mit Aids	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
Gesamtsumme, davon	827.425 €	827.425 €	845.043 €	845.043 €	766.402,97 €	
Aids-Hilfe Köln	313.322 €	313.322 €	322.400 €	322.400 €	282.396,45 €	Die Kürzungen können nur im Personalbereich realisiert werden und entsprechen etwa 3/4 Vollzeitstelle. Das vorhandene Angebot müsste reduziert werden. Eine Reduktion des Angebotes kann einen Anstieg der Neuinfektionen und entsprechende Kostenerhöhungen zur Folge haben. Auch wird sich die Nachfrage nach städtischen Beratungsangeboten erhöhen.

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse im Zusammenhang mit Aids	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
<i>Aidsprävention, davon</i>	304.960 €	304.960 €	313.500 €	313.500 €	274.863,52 €	
Rubicon	77.595 €	77.595 €	79.721 €	79.721 €	69.829,18 €	Der Träger macht als einzige Einrichtung gezielte Gruppenangebote für MSM mit Migrationshintergrund. Diese sind vor allem als Multiplikatoren von zentraler Bedeutung. Eine Kürzung in dieser Höhe würde zu Stellenabbau führen. Eine Reduktion des Angebotes kann einen Anstieg der Neuinfektionen und entsprechende Kostenerhöhungen zur Folge haben.
Pro Familia Chorweiler (Youthwork)	9.004	9.004 €	9.328 €	9.328 €	8.170,58 €	Die Zuschüsse reichen nicht aus, um die eingerichteten Stellen zu finanzieren und das Youthwork-Angebot aufrecht zu erhalten. Die Kürzung hätte Stellenabbau zur Folge. Damit würden nicht nur die präventiven Angebote für Jugendliche insgesamt verringert. Das Angebot sexualpädagogischer Aidsprävention in Köln ist insgesamt bei weitem nicht bedarfsdeckend. Youthwork bei ProFamilia ist von zentraler Bedeutung für die Vielfalt des Angebotes. Die Kombination der Themen Aidsprävention und Empfängnisverhütung erzielt hohe Synergieeffekte. ProFa erreicht damit wichtige Gruppen von Jugendlichen, die von den anderen Trägern mit primärer MSM- oder „Aids“-Ausrichtung nicht erreicht werden.
Pro Familia Hansaring (Youthwork)	9.004	9.004 €	9.328 €	9.328 €	8.170,58 €	
Jugendzentrum anyway	13.340 €	13.340 €	13.782 €	13.782 €	12.071,92 €	

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse im Zusammenhang mit Aids	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
<i>weiter Aidsprävention, davon</i>						
Drogenhilfe Köln gGmbH	26.012 €	26.012 €	26.825 €	26.825 €	23.497 €	Das Cafe Victoria ist eine wichtige niedrigschwellige Anlaufstelle in zentraler Lage. Die Kontinuität des Angebotes ist eine zentrale Bedingung, um drogengebrauchende Menschen überhaupt mit Prävention zu erreichen. Eine Reduktion des Angebotes in Form von verkürzten Öffnungszeiten wäre besonders fatal für Konsumenten/innen, die aus Mittel- und Osteuropa stammen. Diese haben angesichts der epidemiologischen Situation und ihrer schlechten Erfahrungen mit dem Hilfesystem in den Herkunftsländern einen hohen Präventionsbedarf. Die Reduzierung dieses Beratungsangebotes hätte spätere Diagnosen und einen Anstieg der Zahl der Neuinfektionen, wie er bereits in dieser Gruppe in einigen Bundesländern beobachtet wird, und entsprechende Kostenerhöhungen zur Folge.

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse im Zusammenhang mit Aids	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
<i>weiter Aidsprävention, davon</i>						
Looks (Street- und Youthwork)	59.511 €	59.511 €	61.360 €	61.360 €	53.746,42 €	Die Zielgruppe junge männliche Prostituierte bzw. Jungen, die entsprechend gefährdet sind, ist epidemiologisch von zentraler Bedeutung. Looks ist die einzige Einrichtung in Köln, die speziell für diese Gruppe allgemeine soziale Angebote vorhält, sie damit für gezielte Prävention erreichbar macht und ihnen den Zugang zu ärztlicher Versorgung ebnet. Jede Kürzung von Zuschüssen hätte eine Reduktion des Angebotes zur Folge. Dies hätte sehr rasch einen Anstieg der Anzahl der Neuinfektionen von HIV zur Folge, sowohl bei der Zielgruppe selbst wie auch bei den Kunden. Da es sich fast ausnahmslos um sehr junge Männer handelt, entstehen sehr hohe Folgekosten durch Frühinvalidität.
Schwips	30.265 €	30.265 €	31.200 €	31.200 €	27.328,69 €	Die Träger sind Teil der gewachsenen Trägervielfalt in Köln. Die Zuschüsse wurden jedoch wesentlich für konzeptionelle Arbeit im Zusammenhang des zusätzlichen Testangebotes „Beratung und Test“ eingesetzt
Looks (HIV-Prävention)	37.015 €	37.015 €	38.000 €	38.000 €	33.284,94 €	
SKM e. V.	26.044 €	26.044 €	26.855 €	26.855 €	23.522,82 €	Es handelt sich hier um einen Zuschuss zu den Personalkosten Youthwork, der zusätzlich zu den kommunalisierten Landesmitteln gewährt wird. Innerhalb des Verbundes Youthwork hat der Träger einen Schwerpunkt im Bereich Sucht und HIV-Prävention, und hier noch einmal im Bereich Schulen (laut Sachbericht v. a. Gymnasein).

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse im Zusammenhang mit Aids	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
Arbeitskreis Aids e. V.	5.181 €	5.181 €	5.162 €	5.162 €	4.609,09 €	Die Struktur der Arbeitskreise ermöglicht die Konstruktion des Kölner Modells der Trägervielfalt.
Arbeitskreis Schwule Prävention	5.985 €	5.985 €	5.957 €	5.957 €	5.305,44 €	
Arbeitskreis Aids Kooperation Youthwork	6.004 €	6.004 €	5.982 €	5.982 €	5.327,34 €	Eine Zuschussreduktion würde zu einer Einschränkung bei der Durchführung trägerübergreifender Aktionen (TUXI, Prävention Gay Games) führen. Die Mittel wurden bisher überwiegend für Sachmittel für öffentliche Aktionen, als zusätzliche Sachmittelzuschüsse für einzelne Träger, für Öffentlichkeitsarbeit des Vereines, für Auslagen im Zusammenhang mit der Erstellung des Safe-Environment-Konzeptes und zur Unterstützung von Youthwork-Aktionen eingesetzt.

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
Gesamt, davon	2.321.625	2.258.824	2.888.330	2.888.330	2.619.838	
KAG (u. a. Blaues Kreuz e. V.)	301.259 €	301.259 €	310.000 €	310.000 €	271.535 €	Die Mittel werden für die Personalkosten in den Beratungsstellen im Bereich Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit eingesetzt. Weniger Personalkapazität wird eine Reduzierung der Einzel- und Gruppenangebote sowie Einschränkungen in den Öffnungszeiten der Beratungsstellen nach sich ziehen. Die Fachberatungsstellen haben in Vorbereitung auf eine Rehabilitation den Auftrag, zu informieren, zu motivieren sowie in konkrete Maßnahmen zu vermitteln. Eine Reduzierung der Beratungsleistungen verringert die Zahl der vermittelten Rehabilitationsfälle und damit für die Betroffenen die Chance auf ein suchtfreies Leben und die Möglichkeit der Veränderung ihrer Lebenssituation. Da eine ganze Reihe von Betroffenen über die Fallmanager der Arbeitsgemeinschaft vermitteln werden, kann auch in diesem Bereich dem Bedarf nicht mehr nachgekommen werden. In der Nachsorge haben die Fachstellen die Aufgabe, die Stabilisierung durch flankierende Unterstützungsleistungen zu begleiten und ggf. Rückfälle aufzufangen. Sonst droht der Verlust der Arbeit, der sozialen Bezüge und in letzter Konsequenz auch der Wohnung. Die Unterbringung in Notunterkünften (Hotels) ist dann wiederum mit erhöhten Kosten für die Kommune verbunden. Die sozialen Konsequenzen werden die Suchtkranken so beeinflussen, dass sie immer weniger für Wiedereingliederungsmaßnahmen zugänglich werden.
SKM e. V. (Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit)	103.166 €	103.166 €	105.600 €	105.600 €	92.497 €	
Diakonisches Werk (Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit)	103.596 €	103.596 €	106.400 €	106.400 €	93.198 €	

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
Vision e. V. (ehem. Junkiebund)	176.992 €	162.588 €	176.170 €	176.170 €	157.972 €	Vision e.V. bietet die einzige niederschwellige Drogenberatungseinrichtung im Rechtsrheinischen. Die Kontaktstelle wird mit einer sehr geringen Zahl von Hauptamtler betrieben. Diese Hauptamtler werden unterstützt durch Ehrenamtler (in der Regel Ex-User), die von ihnen angeleitet werden. Auch hier würden sich Reduzierungen ausschließlich im Personalbereich niederschlagen, da die Sachkosten vor allen Dingen von dem fixen Mietpreis bestimmt werden. Folge der Kürzung wäre damit eine Einschränkung der Öffnungszeiten im Gesamtbereich, Ehrenamtler nur unter Anleitung in Anwesenheit der Hauptamtler tätig sein können. Dies bedeutet eine wesentliche Einschränkung des Beratungsangebotes mit Weitervermittlungsfunktion, der Überlebenshilfen und des Spritzentausches. Da keine Ausweichmöglichkeiten in eine andere Beratungsstelle im Rechtsrheinischen existieren, droht die Gefahr einer erneuten Verlagerung auf öffentliche Plätze. Die sozialen Folgen sind gerade bei der von Vision betreuten Gruppe in Bezug auf die Stabilisierung, öffentliches Auftreten, achtloser Umgang mit den nunmehr nicht tauschbaren gebrauchten Spritzen als besonders gravierend anzusehen.
Auf Achse gGmbH (ehem. Treberhilfe)	90.427 €	90.427 €	91.000 €	91.000 €	81.548,10 €	Dem Boje-Bus kommt als einziger Anlaufstelle für suchtgefährdete/suchtkranke/sozial gefährdete Kinder und Jugendliche eine besondere Bedeutung zu. Einsparungen in diesem Bereich würden sich sowohl auf die personelle Ausstattung (sprich: die Öffnungszeiten) auswirken, wie auch die unmittelbaren Hilfemöglichkeiten durch Versorgung mit Lebensmitteln, Obst und Vitaminen, Spritzentausch, Kondome u.ä. direkte Überlebenshilfen.

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
weiter Auf Achse gGmbH (ehem. Treberhilfe)						Die verkürzten Öffnungszeiten würden eine deutliche Einschränkung sowohl der Beratungsmöglichkeiten, der Vermittlungs- und Überleitungsmöglichkeiten wie auch der angesichts der Zielgruppe besonders wichtige Aufklärung und Beratung in Bezug auf Safersex mit sich bringen. Folgen des verkürzten Betreuungsangebotes wären eine Verstärkung der sozialen Verwahrlosungsgefahr, der Prostitutionsbedrohung z. B. in Gestalt angebotener Übernachtungsmöglichkeiten sowie eine stärkere gesundheitliche Gefährdung durch erhöhte Ansteckungsgefahr.
Drogenkontaktstelle Ehrenfeld und SKM Kontakt- und Notschlafstelle	62.914 €	62.914 €	64.800 €	64.800 €	56.759,58 €	Bei den Kontaktstellen sind die Sachkosten fix, die Kürzungen würden also zu einer Personalreduzierung führen. Dies bedeutet eine geringere Anwesenheit von Personal bzw. eine Verkürzung der Öffnungszeiten. Angesichts der bereits bestehenden Personalknappheit und des damit reduzierten Betreuungsangebotes in Bezug auf Information, Beratung und Weitervermittlung. Die Kontaktstellen als erste Anlaufmöglichkeit würden in ihren Möglichkeiten damit reduziert. Folge wäre eine spätere Ansprechbarkeit bzw. Kontaktaufnahme mit der Klientel sowie geringere Haltemöglichkeiten.

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
SKM (KAD linksrheinisch)	252.764 €	252.764 €	260.300 €	260.300 €	228.002 €	Auch hier würde sich eine Kürzung der Zuschüsse praktisch ausschließlich auf die Personalkosten auswirken, da die Sachkosten vor allem im Mietbereich fix sind. Eine Verkleinerung des Personalbestandes hätte eine Verkürzung der Öffnungszeiten zur Folge, weil die jeweilig notwendige Personalbesetzung aus Sicherheitsgründen nicht reduzierbar ist. Folge wäre ein erhöhter (unsauberer) Drogenkonsum in der Öffentlichkeit mit dem Risiko achtlos weggeworfener gebrauchter Spritzen. Sowohl in dem Bereich Hilfe (erhöhtes Risiko für die Betroffenen) wie auch im Bereich Sicherheit für die Bürger (zumindest subjektive Unsicherheit durch verändertes öffentliches Straßenbild, objektive Unsicherheit durch weggeworfene Spritzen) sind Verschlechterungen sehr wahrscheinlich.
Drogenhilfe Köln gGmbH (KAD rechtsrheinisch)*	7.543 €	0 €	232.200 €	232.200 €	511.362 €	
Drogenhilfe Köln gGmbH (Heroin, integrierte Substitutionsambulanz)	112.430 €	112.430 €	115.900 €	115.900 €	105.373 €	Die Sachkosten sind praktisch fix durch die feststehende Miete wie auch durch den medizinisch notwendigen Verbrauch und die technische Ausstattung. Personalreduzierung würde hier voll im Bereich psychosozialer Betreuung durchschlagen, da der medizinisch orientierte Vergabeteil wegen der Betriebserlaubnisauflagen nicht veränderbar ist. Die psychosoziale Betreuung würde damit unter den Schlüssel fallen, wie er im Modellprogramm und auch in den derzeitigen Verhandlungen über eine Regelfinanzierung gefordert ist. Bei dieser besonders schwierigen Klientel ist mit einem Absinken der qualifizierten Betreuung zu befürchten, dass ein Verlust an sozialer Steuerungsfähigkeit und damit eines wesentlichen Erfolgsparameters dieser Behandlungsform eintritt.

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse Einrichtungen für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
Drogenhilfe Köln gGmbH – Suchtclearing (ASC)	63.798 €	43.372 €	65.830 €	65.830 €	57.662 €	Auch beim ASC würde sich die Kürzung der Fördermittel im personellen Bereich niederschlagen. Der Umfang der Vermittlung zwischen dem Ordnungsbereich und dem Hilfebereich würden entsprechend reduziert. Ebenso die Übernahme aus dem Justizvollzug. Damit würde die gerade mühsam aufgebaute Kooperationsstruktur zwischen Ordnungsamt, Polizei auf der einen Seite und dem gesamten Hilfesystem auf der anderen Seite empfindlich gestört. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit der JVA. Entsprechend bliebe die Zahl der nur ordnungsmäßig erfassten, aber nicht sinnvoll weitervermittelten Klienten geringer als erforderlich.
SKM - Suchtclearing(ASC)	63.798 €	43.371 €	65.830 €	65.830 €	57.662 €	
SKM (Kontakt- und Notschlafstelle)	405.171 €	405.171 €	417.700 €	417.700 €	365.872 €	Die Sachkosten sind fix. Einsparungen sind nur durch Veränderung der Personalkosten möglich. Hier ist allerdings kein Spielraum gegeben, da die Notschlafstellen ihre Öffnungszeiten nicht weiter kürzen können. Ebenso wenig ist eine Anwesenheitsreduzierung des äußerst knapp bemessenen Personals möglich, da eine minimale Anwesenheit während des gesamten Öffnungszeitenraums erforderlich ist. In keinem Fall kann diese Zielgruppe auch nur stundenweise sich selbst überlassen bleiben. Für die Träger böte sich also nur eine stunden- oder tageweise Schließung der gesamten Einrichtung an. Eine derartige Lösung bedeutet eine unmittelbar eintretende Versorgungslücke für die Betroffenen, da angesichts der planerisch sehr knapp gehaltenen Notschlafplätze keine Ausweichmöglichkeit besteht. Für die betreffende Klientel entsteht damit eine deutlich erhöhte Gesundheits- bzw. Lebensgefahr, da sie in aller Regel dann auf der Straße übernachtet.
Spiritaner – Notschlafstelle (Notel)	48.832 €	48.832 €	50.000 €	50.000 €	43.796 €	

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse Einrichtungen für psychisch Kranke	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
Gesamt, davon	634.444 €	625.073 €	641.293 €	641.293 €	568.209 €	
Kölner Verein für Rehabilitation e. V. SPZ Ehrenfeld	200.597 €	200.597 €	203.791 €	203.791 €	179.914 €	<p>Die Mittel werden für Sach- und Personalkosten eingesetzt. Da die Sachkosten (Miete, Energiekosten, etc.) festgelegt sind und keine Flexibilität bieten, werden die Kürzungen in erster Linie Folgen für die Personalkosten haben. Weniger Personalkapazität wird eine Reduzierung der Einzel- und Gruppenangebote sowie Einschränkungen in den Öffnungszeiten der Kontaktstellen nach sich ziehen.</p> <p>Eine Kürzung in den Sozialpsychiatrischen Zentren von über 20.000 € pro SPZ würden personelle Einbußen bei derzeit 2 Stellen von mehr als ein Drittel einer Vollzeitstelle bedeuten. Die sich daraus ergebende zu geringe Betreuungsintensität hat zur Folge, dass die Betroffenen in ihrer psychosozialen Stabilität beeinträchtigt werden. Konkret sind krisenhafte Verläufe zu erwarten sowie soziale Verelendung durch fortschreitende Chronifizierung der Erkrankung. Diese Personen sind ganz besonders von Wohnungsverlust bedroht, der eine Unterbringung in Notunterkünften (Hotels) erforderlich macht und die Zahl der Krankenhausaufenthalte ansteigen lässt. Die Kosten für die Stadt Köln werden dementsprechend pro Einzelfall steigen, ohne dass eine Veränderung möglich ist, da die Betroffenen aufgrund ihrer Situation für Fördermaßnahmen zur Wiedereingliederung weitestgehend unzugänglich werden.</p>
Caritasverband für die Stadt Köln e. V. SPZ Innenstadt	200.663 €	200.663 €	201.928 €	201.928 €	180.001 €	
SPZ Nippes und Chorweiler e. V.	200.384 €	200.384 €	205.000 €	205.000 €	179.563 €	
Kostenerstattung Kölner Verein	32.800 €	21.077 €	30.574 €	30.574 €	28.730 €	

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse im Zusammenhang mit der Schwangerenberatung	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
Gesamt, davon	208.579 €	208.579 €	214.100 €	211.900 €	187.534,36	
Pro Familia Chorweiler	60.230 €	60.230 €	61.900 €	61.900 €	54.219,42	<p>Das Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz legt eine Personalkostenförderung in Höhe von 80% und eine Sachkostenpauschale von 8.000 € je Arbeitsplatzäquivalent als Landesförderung für die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen fest. Der Gesetzgeber fordert im Gegenzug ein plurales und flächendeckendes Beratungsangebot von einer Beraterstelle je 40.000 Einwohner, um allen Frauen in Not eine ihren Bedürfnissen entsprechende Ansprache möglich zu machen. Dies wird durch die vorhandene Struktur gewährleistet. Eine Reduktion der Beratungskapazitäten widerspricht der gesetzlichen Forderung</p> <p>Die überwiegend durch städtische Zuschüsse finanzierten restlichen 20% decken Personal- und Sachkosten. Kürzungen im Sachkostenbereich scheiden aus, da diese durch Mietverträge etc. gebunden sind. Schon jetzt müssen Defizite ausgeglichen werden, die über Spenden und Bußgelder kompensiert werden. Angesicht der Wirtschaftskrise sind die Spenden jedoch rückläufig.</p> <p>Demzufolge bleibt zur Konsolidierung nur die Reduktion im Personalkostenbereich, einhergehend mit der Einschränkung der Öffnungszeiten und der Angebote.</p> <p>Auswirkungen sind: <u>Schwangerschaftskonfliktberatung:</u> Die im Schwangeren- und Familienhilfegesetz und Schwangerschaftskonfliktgesetz geforderte Zeitnähe des gesetzlich vorgeschriebenen Beratungsgesprächs kann nicht mehr eingehalten werden.</p>
Pro Familia Hansaring	86.266 €	86.266 €	88.600 €	88.600 €	77.606,46	
Ev. Kirche Tunisstraße	21.156 €	21.156 €	21.700 €	21.700 €	19.007,45	
Donum Vitae	40.927 €	40.927 €	41.900 €	39.700 €	36.701,03	

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse im Zusammenhang mit der Schwangerenberatung	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
weiter Pro Familia Chorweiler Pro Familia Hansaring Ev. Kirche Tunisstraße Donum Vitae						<p>Frauen können zunehmend erst im fortgeschrittenen Schwangerschaftsstadium einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, der dann mit einer höheren medizinischen Komplikationsrate und mit noch stärkeren psychischen Folgen verbunden ist.</p> <p>Da das Zeitfenster für einen legalen Schwangerschaftsabbruch ohnehin sehr eng ist, werden mehr Frauen die gesetzlich vorgeschriebene Frist überschreiten und entweder ins Ausland ausweichen oder sich hier in die Illegalität begeben, verbunden mit erheblichen seelischen und medizinischen Komplikationen. Alternativ werden mehr Kinder in ungünstige Lebensverhältnisse geboren mit entsprechendem Anstieg von Folgekosten z.B. zur Regulierung gesundheitlicher und psychosozialer Störungen (ärztliche Behandlung bei spät erkannten Fehlentwicklungen, für Frühfördermaßnahmen bei Entwicklungsauffälligkeiten der Säuglinge), für Jugendhilfemaßnahmen und Hilfen zur Erziehung, für Gewaltprävention.</p> <p><u>Allgemeine Schwangerenberatung:</u> Der Gesetzgeber verankerte für alle Bürgerinnen und Bürger dieses kostenlose Beratungsangebot, um zum Austragen einer Schwangerschaft zu ermutigen und sozialkompensatorische Hilfen bei Bedarf zu installieren. Bei Reduktion dieses Angebotes werden mehr Babys wegen fehlender Vorbereitung und Strukturierung der Lebenssituation der Frau in desolate Lebensverhältnisse geboren mit bekannten negativen Auswirkungen für Mutter und Kind. Die Folgekosten werden absehbar in der Krankenversorgung wie auch im Sozial- und Jugendhilfebereich steigen. Arbeitsbelastungen bei den Schwangerschaftsberatungsstellen.</p>

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Zuschüsse im Zusammenhang mit der Schwangerenberatung	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
weiter Pro Familia Chorweiler Pro Familia Hansaring Ev. Kirche Tunisstraße Donum Vitae						<p>Um finanzschwache Familien zu ermutigen, ihr Kind auszutragen, wurde die Bundesstiftung „Mutter und Kind, Schutz des ungeborenen Lebens“ zur finanziellen Unterstützung eingerichtet. Durch die Beratungsstellen findet die Prüfung der Zugangsvoraussetzungen und Mittelbeantragung statt. Bei Wegfall entsprechender Personalkapazitäten können diese Mittel nicht mehr wie vorgesehen abgerufen werden. Folgekosten im Sozialbereich entstehen.</p> <p><u>Sexualpädagogik:</u> Dieses möglichst früh ansetzende Angebot, um präventiv mit Aufklärung ungewollten Schwangerschaften und sexuell übertragbaren Erkrankungen entgegen zu wirken, reicht schon jetzt nicht aus, um allen Nachfragen der Schulen gerecht zu werden. Es müsste noch weiter reduziert werden, noch mehr Einrichtungen bleiben unversorgt. Hierunter leiden insbesondere Haupt-, Förderschulen und berufsbildende Maßnahmen.</p>

Anlage 2, Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienst

Sonstige Zuschüsse	Ermächtigung 2008	Ergebnis 2008	Ermächtigung 2009	erwartetes Ergebnis 2009	Planansatz 2010	Auswirkungen der Veränderungen gegenüber den Vorjahren
Gesamt, davon	174.020 €	174.020 €	222.100 €	222.100 €	153.723,87 €	
Krebsinitiative Köln	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	18.394,31 €	Bei einem zusätzlichen Rückgang der Spenden dürfte eine empfindliche Angebotslücke auftreten. Auf jeden Fall ist mit Einschränkungen beim Beratungsangebot zu rechnen.
Migrantinnen	53.020 €	53.020 €	51.100 €	51.100 €	47.737,61 €	Die Mittel werden für Sach- und Personalkosten zur Gesundheitsberatung und Begleitung/Betreuung in ambulante Hilfen eingesetzt. Da die Sachkosten (Miete, Energiekosten, etc.) festgelegt sind und keine Flexibilität bieten, werden die Kürzungen in erster Linie Folgen für die Personalkosten haben. Weniger Personalkapazität wird eine Reduzierung der Beratungs- und Betreuungsangebote nach sich ziehen.
Selbsthilfegruppen	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	87.591,95 €	Durch die vorgesehenen Kürzungen müssten die Aktivitäten der Gruppen zurückgefahren werden. Die Angebote können von anderen nicht aufgefangen werden. Die Selbsthilfe-Kontaktstelle ist für die Aufrechterhaltung und Unterstützung der (ehrenamtlich tätigen) Gruppen zwingend erforderlich. Es werden entweder weniger Gruppen gefördert oder alle Zuschüsse pauschal reduziert. Mit der Auflösung einzelner Gruppen muss gerechnet werden.